



## Der Präsident des Hanseatischen Oberlandesgerichts

### **Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Bewerbungen und anderen Personalangelegenheiten beim Hanseatischen Oberlandesgericht (ausgenommen Angelegenheiten der Gemeinsamen Personalabteilung und Bezügeabrechnung)**

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist das

Hanseatische Oberlandesgericht  
Sievekingplatz 2  
20355 Hamburg  
poststelle@olg.justiz.hamburg.de

Der/die Datenschutzbeauftragte des Hanseatischen Oberlandesgerichts ist unter folgenden Kontaktdaten erreichbar:

Hanseatisches Oberlandesgericht  
Sievekingplatz 2  
20355 Hamburg  
[datenschutzbeauftragte@olg.justiz.hamburg.de](mailto:datenschutzbeauftragte@olg.justiz.hamburg.de)

Ihre Daten werden verwendet, um den gesetzlichen Pflichten bei der Auswahl und Einstellung von Bewerbern nachzukommen. In anderen Personalangelegenheiten ist die Verwendung Ihrer Daten erforderlich, um die Angelegenheit nach den jeweils einschlägigen beamten- und tarifrechtlichen Bestimmungen bearbeiten zu können. Nach Abschluss des Verfahrens werden Ihre Daten bis zum Abschluss der bestehenden gesetzlichen Aufbewahrungsfrist nach Maßgabe der Verordnung über die Aufbewahrung von Schriftgut der Hamburgischen Justiz vom 12. April 2011 in der jeweils geltenden Fassung (Justizschriftgutaufbewahrungsverordnung – JSchrAufbV) aufbewahrt.

Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 Buchst. c) und e) der Verordnung (EU) 2016/679 (DS-GVO), § 3 des Hamburgischen Beamtengesetzes (HmbBG), § 8 des Hamburgischen Richtergesetzes (HmbRiG), das Hamburgische Disziplinargesetz (HmbDG), § 1 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder, das Hamburgische Datenschutzgesetz (HmbDSG) und die Allgemeine Verfügung der Justizbehörde Nr. 12/2005 vom 07.06.2005 (Az. 1200/3/9-3).

Im Zuge des Verfahrens werden die Daten – je nach Angelegenheit und soweit erforderlich – an Mitarbeiter der Gerichtsverwaltung, betriebliche Interessenvertretungen und weitere Behörden oder Institutionen weitergegeben, die mit der Bearbeitung des Vorgangs befasst sind. Umfasst sind die personenbezogenen Daten, welche Sie selbst mitteilen, und ggf. weitere relevante personenbezogene Daten, welche sich aus dem Vorgang oder anderen Akten ergeben.

Wenn im jeweiligen Einzelfall die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, haben Sie nach der Datenschutz-Grundverordnung folgende Rechte:

- Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten (Art. 15 DSGVO)
- Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten (Art. 16 DSGVO)
- Löschung personenbezogener Daten (Art. 17 DSGVO)
- Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)
- Widerspruch gegen die Verarbeitung (Art. 21 DSGVO).

In den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland oder des Landes Hamburg kann vorgesehen sein, dass die nach der Datenschutz-Grundverordnung bestehenden Rechte beschränkt werden (Art. 23 DSGVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft das Gericht, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür im Einzelfall erfüllt sind.

Es besteht ein Beschwerderecht beim Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit.